

DARMSTADT Links

DIE LINKE.
DARMSTADT
STADTVERORDNETENFRAKTION



FÜR NEUE SOZIALE IDEEN

Tel: 0 61 51/66 90 310 FAX: 0 61 51/66 90 533

INHALT

SEITE 2
Flughafenausbau
ÖPNV
Mehrfahrkarten
Haushalt 2008

SEITE 3
Halbe Wahrheit
Straßenzustand
Freiwillige Feuerwehr
Einladung

SEITE 4
Keine strategische Bedeutung
Stadt verkauft Bauvereinanteile
Darmstadium
Wie zu Großherzogs Zeiten

LINKS GEDACHT

GEFAHREN ABWEHR

Wir haben es schon bei der Diskussion im Stadtparlament befürchtet - die von der großen Mehrheit beschlossene Gefahrenabwehrverordnung soll keineswegs „ein rücksichtsvolleres Miteinander und eine Sensibilisierung für Natur und Mitmenschen bewirken“, wie die SPD-Stadtverordnete Heilmann verkündete. Jetzt ist klar: Mit dieser Verordnung wird der Weg des Dialogs, der aufsuchenden Sozialarbeit verlassen. Der Abschluss dieser Verordnung hat nur einen Zweck - die rechtlichen Möglichkeiten für ein polizeiliches Durchgreifen zu erweitern. OB Hoffmann hat dies auf dem Neujahrsempfang der Siedlergemeinschaft Heimstätte deutlich ausgesprochen.

Betroffen sind Gruppen die nicht ins Bild der ach so „liberalen und weltoffenen“ Wissenschaftsstadt passen - Punker, Obdachlose, Junkies. Schon zu OB Metzgers Zeiten ein Dorn im Auge. Wie damals zieht man gegen „Trinkgelage“ auf dem Lui ins Feld - brave Bürger, die sich in umliegenden Kneipen oder auf dem Heinerfest den Gong geben und sich das im Gegensatz zu anderen leisten können - stören hingegen nicht.

Im Kern geht es um folgendes: Gewisse Randgruppen passen nicht ins Weltbild der Stadtviertler. Anlocken möchte man mit Darmstadtdium und ICE Besserverdienende in Armani-Anzügen und kleinem Schwarzen. Andere stören, werden zur Gefahr, die es abzuwehren gilt. Die politischen Verantwortlichen offenbaren sich hier als spießige Kleinbürger, an denen Ernst Elias Niebergall auch heute noch seine Freude hätte.



Wirksame? Hilfen gegen Kinderarmut statt Almosenmentalität

Schulmittelbeihilfefonds in Darmstadt

FRANK GERFELDER-JUNG / GALIDA

Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

Die Stadtverordnetenfraktion „DIE LINKE“ begrüßt den von Sozialdezernenten Jochen Partsch (Grüne) initiierten Magistratsbeschluss vom 23. Januar zur Einrichtung eines kommunalen Schulmittelbeihilfefonds für bedürftige Kinder von Sozialhilfe- und Arbeitslosengeld II-Empfängern.

„Organisationen und Bündnissen wie der Darmstädter Sozialhilfegruppe, dem Runden Tisch „Kinderarmut in Darmstadt“ und der Gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiative Darmstadt (GALIDA) ist es zu verdanken, dass die Stadt nun endlich Überfalliges in Angriff nimmt“, so Fraktionsvorsitzender Rainer Keil.

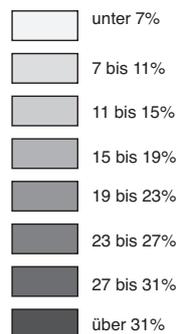
Die Initiative des Sozialdezernenten Partsch ist um so erstaunlicher, wenn man sich vor Augen hält, dass er vor rund vier Monaten der Presse gegenüber verkündete, dass eine Realisierung eines solchen Fonds für bedürftige Darmstädter Kinder derzeit nicht möglich wäre. Damals verwies Partsch auf die kommunale Haushaltslage und die Sparauflagen des Regierungspräsidiums. Daran hat sich zweifellos nichts geändert.

2200 Kinder in Hartz IV

In Darmstadt leben nach Angaben der ARGE rund 2200 Kinder zwischen 6 und 15 Jahren in Familien, die Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII – also Hartz IV – erhalten. Die Einrichtung des Schulmittelbeihilfefonds soll diese Kinder direkt unterstützen und damit ihre Bildungschancen erhöhen. Für einzuschulende Kinder ist ein einmaliger Betrag von 80 Euro und für Kinder zwischen 8 und 15 Jahren jährlich ein Zuschuss von 50 Euro vorgesehen.

„Auch wenn diese Beträge viel zu niedrig angesetzt sind, so ist zumindest ein Anfang gemacht“, ur-

Sozialgeldbezug Kinder unter 15 Jahren



Quelle: Der Paritätische Wohlfahrtsverband Gesamtverband e.V.



Kinderarmut hat mit Hartz IV Rekordniveau erreicht

teiler der Stadtverordnete der LINKE, Karl-Heinz Böck.

Insgesamt werden für diesen Schulmittelbeihilfefonds jährlich 120.000 Euro benötigt. Die Stadt Darmstadt zahlt in diesen Fonds nur 40.000 Euro ein. Die restlichen 80.000 Euro sollen „über Spenden und Sponsoring von Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern“ akquiriert werden.

2.000 geladenen Gäste

Wäre allein die Einweihungsfeier des „Darmstadtdiums“ am Nikolaustag des vergangenen Jahres nicht gar so üppig ausgefallen – die rund 2.000 geladenen Gäste wurden für circa 120.000 Euro verköstigt und unterhalten – müsste die Stadt nicht in dieser Art und Weise bei den Ärmsten und Schwächsten knapsen.

Sozialdezernent Partsch kündigte der Presse gegenüber an, auch Bürobedarfshersteller anzuschrei-

ben, ob sie ihr Material billiger oder umsonst zur Verfügung stellen. Wieder einmal zeigt sich hier die paternalistische Almosenmentalität der Stadtviertler, die augenscheinlich nicht davor zurückschrecken bedürftige Kinder mit ein heitlichen Schulmaterialien auszustatten und so zusätzlich zu stigmatisieren. Nach dem Motto: „Schau an, schon wieder ein Hartz IV-Kind mit dem Schulranzen von XY.“

Ob der Darmstädter Sozialdezernent dafür sorgen wird, dass die Familien der antragsberechtigten Kinder über die Einrichtung des kommunalen Schulmittelbeihilfefonds in angemessener Weise informiert werden – z.B. durch ein entsprechendes Anschreiben der ARGE - war seiner Presserklärung von Ende Januar nicht zu entnehmen.

Mit jedem armen Kind lebt auch mindestens eine arme Mutter oder

ein armer Vater zusammen. Wer wirklich und nachhaltig etwas gegen Kinderarmut tun will, der muss bei der Einkommensarmut der Eltern ansetzen. Neben einem flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn ist eine deutliche Erhöhung der Hartz IV-Regelsätze für alle, die keinen existenzsichernden Arbeitsplatz finden können, dringend notwendig. Um Grundbedürfnisse wie etwa gesunde Ernährung abzudecken sowie eine angemessene Teilhabe an Bildung, Kultur und Sport zu sichern, gibt es dazu keine Alternative.

Unsere Meinung

Von den Hartz IV-Parteien SPD, CDU, Grüne und FDP sind solche Maßnahmen nur dann zu erwarten, wenn der Druck durch die Bevölkerung und den Sozialverbänden so massiv wird, dass ihnen keine Ausflüchte mehr offen stehen.



Altes Zentralbad Vom Bad für Alle zum Luxusplantschen?

KARL-HEINZ BÖCKI / DIE LINKE

Stadtverordneter Die Linke Darmstadt

Wer in den letzten Wochen die Presse verfolgte, kam am sogenannten "Jugendstilbad" nicht vorbei. Auch dieses Bauwerk, wie es ja fast schon Tradition in Darmstadt ist, wurde nur verspätet fertiggestellt. Man muss allerdings in Betracht ziehen, dass Wasserschäden und auch ein Brand während der Bauphase, sicher nicht vorhersehbar waren.

Nun war es aber im Januar soweit, dass am Tag der offenen Tür, die Darmstädter ihr neues Bad bewundern konnten und Ende Februar sogar ihre Badeutensilien auspacken dürfen.

Sicher ist die Restaurierung gelungen und das private Betreiberunternehmen wird sich vielleicht sogar über eine klingende Kasse freuen können. Man kann sogar sagen dass die Preisgestaltung, im Vergleich zu ähnlichen Bädern, als moderat zu bezeichnen ist.

Aber werfen wir doch einen Blick zurück. Wer waren die Nutzer des „Alten Hallenbades“?

Was hat man mit diesem neuen Bad verloren? Das ehemalige Zentralbad wurde oft von älteren Menschen und Familien mit Kindern genutzt. Es war

für viele nicht nur ein Bad, sondern auch ein Platz wo man auf alte Freunde und Bekannte traf. Darüber hinaus war es eine zeitlang der Psychiatrie am benachbarten Elisabethenstift erlaubt, gratis mit Patientengruppen die öffentliche Anlage zu nutzen. Den Warmbadetag wird es in der Form wie früher sicher nicht mehr geben und wenn, dann zu Preisen, die sich nicht mehr alle leisten können.

Das Lehrschwimmbecken ist vielen Darmstädterinnen und Darmstädtern noch gut in Erinnerung, da sie hier ihre ersten Schwimmzüge machten. Der Schwimmunterricht der örtlichen Schulen war ein fester Bestandteil des Lehrschwimmbeckens. Auch diese Möglichkeit wird es in Zukunft nicht mehr geben.

Das Publikum des Bades wird sich ändern, wie Michael Quell vom Betreiberunternehmen Aquapark schon verlauten lies. Man rechnet mit zahlreichen Kongressbesuchern aus dem Darmstadium - eine Kooperation sei bereits beschlossen. Wie es aber mit Kongressen dort aussieht, ist den Pressemeldungen der letzten Wochen zu entnehmen. Dort gibt es mehr Kon-

zerte als Kongresse, und auch bei Ersteren gab es schon diverse Absagen. Ob bei steigender Zahl von Kongressen die Besucher nun wirklich den Weg ins „Jugendstilbad“ finden, ist sehr fraglich. Der Betreiber rechnet mit 300.000 Besuchern im Jahr und bis zu 2.200 Gästen am Tag. Diese hohe Zahl begründet er mit obskuren Besucherzahlen des Darmstadiums. Was ist aber, wenn nicht genügend Kongresse stattfinden? Dann werden sicher die Eintrittsgelder des „Jugendstilbads“ steigen, und die Tageskarte wird keine 16 Euro sondern 20 oder 25 Euro kosten. Von moderaten Eintrittspreisen kann dann keine Rede mehr sein. Es wird sich dann zeigen müssen, wie die jährlichen drei Millionen Unterhalt für das Bad zu erzielen sind. Zwangsläufig wird das Betreiberunternehmen Aquapark sein Heil in Preissteigerungen suchen.

Moderat sind allerdings die Preise für viele schon heute nicht. ALG II-Bezieher und Menschen mit geringem Einkommen können sich dieses Bad nicht leisten. Ein Bad für alle wird es also nicht werden, und das war wohl auch beabsichtigt.

die Stadtteile Wixhausen, Arheilgen und Kranichstein nicht durch zusätzlichen Lärm belastet werden. Auch soll ein komplettes Nachtflugverbot zwischen 22:00 und 6:00 Uhr angeordnet werden.

Sicher ist dieser Antrag löblich und fand deshalb auch die Zustimmung unserer Fraktion. Eine erfolgreiche Klage würde jedoch bedeuten, dass andere Regionen und Kreise dem Lärm ausgesetzt würden. Also doch nur eine Verschie-

bung der Probleme, ganz nach dem Motto: „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“.

Unsere Meinung

Will man die Menschen tatsächlich vor dem Lärm und anderen schädlichen Einflüssen durch den Ausbau des Frankfurter Flughafens schützen, muss man auf diesen Ausbau schlicht und einfach ganz verzichten.



ÖPNV

Mehr Fahrten durch Mehrfahrtenkarte

VERENA HOPPE / GALIDA

Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE Da.



Wer als Darmstädter Heiner in fremde Städte kam, war sicher schon ohne bösen Willen Schwarzfahrer: Weil er so etwas nicht kannte, vergaß er in Bus oder Straßenbahn das „Entwerter“. Schließlich hat er den Fahrschein ja schon bezahlt. Was sollte das kleine Kästchen, das beim Einstecken des Fahrscheins laut „Pling“t?

Dieser Entwerter ist jedoch der Preis dafür, dass es einen Vorverkauf für Fahrschein geben kann. In den meisten Verkehrs-Verbänden lassen sich Fahrscheine am Kiosk kaufen, darunter die meistens sehr beliebte Mehrfahrtenkarte.

Bei uns gibt es aber nur Fahrscheine zum sofortigen Fahrantritt. Darum müssen an möglichst vielen Haltestellen die teuren Automaten aufgestellt werden. Oder sie wurden in den Bussen aufgehängt und ließen sich nur in oft halbsprecherischen Aktionen bedienen. HEAG mobilo hat hier ein Einsehen gehabt und das wieder zurückgenommen. Dafür ist nun wieder die Belastung der Busfahrer gestiegen.

HEAG mobilo sieht auch die Vorteile eines Vorverkaufs. Unserem Verkehrsbetrieb sind aber durch den RMV-Vertrag die Hände gebunden. Dabei gibt es im Verbundbereich sehr wohl einen Betrieb mit Mehrfahrtenkarten: die ESWE in Wiesbaden. Die haben sich durchgesetzt

bei den Verhandlungen. Dort kostet eine Stadtfahrt mit der "Sammelkarte" 1,75 statt 2,20 Euro. (Es gibt dort übrigens noch einen Kurzstreckentarif von 1,40 Euro). Andererseits ist Offenbachs Mehrfahrtenkarte Vergangenheit.

Der RMV-Vertrag sieht außer dem Bestandsschutz aber noch eine weitere Möglichkeit vor: Mehrfahrtenkarten als Angebot für eine elektronische Bezahlung per Chipkarte. Wie bei der "Payback"-Kundenkarte für Einkaufs-Rabatte ist "electronic ticketing" für Verkehrsmittel geplant. Das dürfte jedoch Überwachung und Ausforschung möglich machen und nebenher auch noch die Gewinne der Hersteller steigern. Statt dessen wäre altmodischer Vorverkauf gegen Bares ein Zuverdienst für kleine Läden, Tankstellen oder Kioskbetreiber. Die Einführung der Mehrfahrtenkarte ist ganz unkompliziert. Sie braucht zunächst nur den Anwohnern einer Teststrecke bekannt sein. Da das System tolerant ist, kann es als Pilotversuch auf nur einer Linie eingeführt werden. Hierzu sind nur Entwerter in den Bussen dieser Linie aufzuhängen.

In unserer Stadt gibt es sicher Sinnloses als einen solchen Versuch. Wir haben uns mit einer kleinen Anfrage an den Magistrat gewandt und sind auf die Antwort gespannt.



Haushalt 2008

Nichts Neues

RAINER KEIL / DKP

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE Darmstadt

Die Verabschiedung des ersten dopplischen Haushaltes in der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung im Dezember 2007 verlief wie immer: Bekannte Argumente, keine neuen Ansätze und vor allem keine Abkehr der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP von ihrer Großmanns-Politik. Ein „Weiter so“ für Prestige-Objekte wie Nordostumgehungen, ICE-Halt und Darmstadium.

Im Mittelpunkt unserer Anträge zum Haushalt stand die Forderung den Gewerbesteuer-Hebesatz um 10 Prozentpunkte zu erhöhen. Dies würde der Stadt Mehreinnahmen in Höhe von 4,5 Millionen

Euro beschern. Auf Grund der aktuellen Wirtschaftsentwicklung und der Darmstädter Finanzsituation hielten wir eine solche maßvolle Erhöhung, die sich auch an vergleichbaren Kommunen orientiert, für gerechtfertigt. Zwischen den Jahren 2000 und 2006 sind die Zuwächse bei Gewinn- und Vermögenseinkommen um 38 % gestiegen.

Uns war bewusst: Eine Anhebung des Gewerbesteuer-Hebesatzes allein wird Darmstadt keinen ausgeglichenen Haushalt bringen. Allein die Absenkung des Bundeszuschusses für die Kosten von Heizung und Unterkunft bei Hartz-IV-Empfängern bedeutet eine Mehrbelastung



Darmstadt: Eingang des alten / neuen Jugendstilbad



Flughafenausbau Auf halbem Weg vom Mut verlassen

KARL-HEINZ BÖCK / DIE LINKE

Stadtverordneter Die Linke Darmstadt

Leider konnte sich die SPD-Fraktion im Stadtparlament nicht dazu durchringen, dem Antrag der Fraktion UFF-BASSE zu folgen und eine prinzipielle Klage der Stadt Darmstadt gegen den Ausbau des Flughafens Frankfurt in die Wege zu leiten.

Anders war dies bei ihrem Koalitionspartner - den Grünen. Diese stimmten dem Antrag mehrheitlich zu. Bedauerlicherweise scheiterte die Antragsannahme an den Stimmen von CDU, FDP, SPD und der Alternative Darmstadt (einer Abspal-

tung der ehemaligen Fraktion Uwig). Auch den selbsternannten Lokalpatrioten Jourdan (CDU) aus Wixhausen, der sonst stets darum bemüht ist, den Anschein zu erwecken, sich speziell um die Belange der Bürgerinnen und Bürger zu kümmern, ließ der zu erwartende Lärmstress der dort lebenden Menschen kalt. Er engagiert sich lieber gegen Windkrafttrader in der Region, so wahrscheinlich oder unwahrscheinlich ihr Zustandekommen auch immer sein mag.

Mit der Ablehnung dieses Antrages haben die dafür ver-

antwortlichen Stadtverordneten eine Chance vertan. Eine Chance Verantwortung für eine ganze Region zu zeigen.

Ob die Aussage von OB Hoffmann (SPD), bei diesem Antrag von seinem Vetorecht Gebrauch zu machen, eine Rolle spielte, ist anzunehmen.

Zustimmung fand ein Antrag der Stadtverordneten Lindscheid und Härter. Ihr Antrag beinhaltete die Verpflichtungsklage der Wissenschaftsstadt Darmstadt zum Planfeststellungsbeschluss: Ausbau Flughafen Frankfurt.

Die Zielsetzung soll sein, dass

im Darmstädter Sozialetat von rund 400.000 Euro in 2008. Es bedarf einer umfassenden Reform um die Schiefelage der kommunalen Finanzausstattung dauerhaft und nachhaltig zu überwinden. Eine angemessene und aufgabengerechte Finanzausstattung für die Kommunen ist zu sichern, Kommunen sind dauerhaft aus ihrer Bittstellerrolle zu befreien. Eine von uns eingebrachte Resolution zum Haushalt versuchte diese Erkenntnis in eine gemeinsame Willenserklärung der Stadtverordnetenversammlung umzusetzen.

Anträge abgelehnt

Der Magistrat, beim Verkünden von Einsparungen bei der Kommunalen Galerie, dem Kommunalen Kino, der Darmstädter Tafel, den Zuschüssen für freie Träger und anderen Projekten eifrig, sieht bei sich selbst aber keinen Handlungsbedarf. So ist der Betrag für „Repräsentationen“, „Bewirtung von Gästen“ und „kleineren und größeren Geschenken“ von 200.000 Euro auf 250.000 Euro angestiegen. Wir haben beantragt diesen Betrag um 125.000 Euro zu kürzen. Weiter einsparen wollen wir die Kosten für Videoüberwachung (minus 39.000 Euro) und für Abschreibungen (minus 110.000 Euro).

Mehr Mittel bereitstellen wollten wir für die städtische Schuldnerberatung, die Oetinger Villa und Maßnahmen gegen das weitere Erstarken neofaschistischer Parteien und Gruppen durch das Fördern antifaschistischer Jugendarbeit. Wir halten den weiteren Bestand der Kommunalen Galerie für notwendig und haben daher beantragt

die notwendigen Mittel in Höhe von 8.000 Euro wieder bereitzustellen.

Es war keine Überraschung, dass unsere Anträge und die von uns eingebrachte Resolution allesamt abgelehnt wurden. Dass es oftmals nicht um die Sache geht, zeigt folgendes: Eine Erhöhung der Mittel für Schulsozialarbeit, in den letzten Jahren regelmäßig von unserer Fraktion beantragt und ebenso regelmäßig abgelehnt, wurde für dieses Jahr beschlossen. Auf Antrag der Ampel-Koalitionäre. Merke: Wenn zwei das gleiche tun ist es noch lange nicht dasselbe.

Personalhaushalt

Der Haushaltsplan 2008 ist intransparent und meilenweit von einem bürgerlesbaren Haushalt entfernt. Die damals anstehende Landtagswahl im Januar 2008 dürfte bei der Erstellung als Pate mitgewirkt haben. Wir gehen davon aus, dass eine ganze Reihe auch einschneidender Sparmaßnahmen von der Darmstädter Ampelkoalition erst im Laufe dieses Jahres auf den Tisch gelegt werden. Die Aussagen der Kämmerei zum Thema Einsparungen im Personalhaushalt lassen einiges davon schon jetzt erahnen. So wurde vom Magistrat ein mehrseitiges Papier zur Konsolidierung des Personalhaushaltes vorgelegt. Erarbeitet hat dieses Papier eine Arbeitsgruppe hochrangiger Verwaltungsbeamter. Es stellt ein Sammelsurium von Vorschlägen zur Personaleinsparung dar. Viele der dort vorgeschlagenen Maßnahmen dürften schon aus personalvertretungsrechtlichen Gründen glücklicherweise keine Zukunft haben. Die Richtung aber ist klar: Haushaltssanierung auf Kosten der Beschäftigten.

km² als Straßen, Wege und Plätze befestigt. Auf Straßenlänge umgerechnet, sind das 375 km von durchschnittlich 10,8 m Breite. Die 105 km Hauptstraßen sind nach 40 Jahren für 120 €/m² zu erneuern, 270 km Nebenstraßen und Gehwege nach 80 Jahren für durchschnittlich 100 €/m². Die ergibt Jahreskosten von 3,00 €/m² bzw. 1,25 €/m². Hieraus ergibt sich für die Stadt ein jährlicher Bedarf von mindestens (3,00 * 105 + 1,25 * 270) * 10,8 * 1000 = 7,05 Mio €!

Zum Vergleich sei der Neuwert aller Straßen- und Wegebefestigungen grob geschätzt auf 4 Mio m² * 85 € = 340 Mio €. Gemäß einem Erfahrungswert sind hiervon 2,0 % als Untergrenze der Erhaltung anzusetzen. Hiermit errechnen sich sogar 8,5 Mio € im Jahr.

Dem dürften in etwa die Abschreibungen des neuen „doppischen“ Haushaltes entsprechen. Die Erhaltungskosten betragen somit ein Mehrfaches des von der Stadt angegebenen Solls von 2 Mio €. Diese Summe ist nicht nur mal einige Jahre aufzuwenden, sondern regelmäßig auf alle Zeiten!

Die vom Magistrat genannten Zahlen sind also nicht die halbe Wahrheit, sondern nicht einmal ein Drittel der Wahrheit.

Die „Lektirsch“ sponsert Straßen

Die Stadt lebt, was Straßen und Kanäle angeht, seit Jahrzehnten von der Substanz. Das geht, solange diese neu sind. Aber schon seit Jahren wird gemogelt. Rhein- und Neckarstraße, die Vorplätze von Hauptbahnhof und Schloss, erst letztes Jahr der Mathildin-

platz, zur Zeit die Frankfurter Landstraße werden als Maßnahmen des Öffentlichen Nahverkehrs vom Bund gefördert. Praktischerweise betrifft das auch die Straßenflächen. Dies dürfte ein Hauptgrund sein, warum der eigene Bahnkörper unbedingt dezimeterweise verbreitert werden musste. So ist das nun auch für die Bismarckstraße geplant. Pech nur, dass Darmstadt nicht Straßenbahnen in allen Hauptstraßen hat. Immerhin sponsert der öffentliche Nahverkehr mit Fördergeldern so den Straßenbau.

Unsere Meinung

Wozu also neue Straßenbauten wie die Nordost „Umgehung“ (städtischer Anteil 41 - 56 Mio €), wenn die Stadt nicht einmal die Reparaturen der bestehenden bezahlen kann?



NOTRUF 112

Freiwillige Feuerwehr (Innenstadt) in der Kasinostraße



Freiwillige Feuerwehr

Es brennt!

SIEGFRIED OETTMEIER / DIE LINKE Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

Der Einladung der Freiwilligen Feuerwehren Darmstadts am 04.12.2007 ist die Fraktion DIE LINKE gefolgt und hat sich mit Vertretern der FFI (Freiwillige Feuerwehr Innenstadt) in ihren Räumen in der Kasinostraße getroffen.

Im Gespräch wurden uns die umfangreichen Aufgabenbereiche der FFW erläutert. Wir konnten viele neue Erkenntnisse über die Komplexität des Zusammenspiels von FFW, THW und Berufsfeuerwehr gewinnen.

Eins wurde im Laufe des Abends deutlich: Zwischen den Aufgaben der ehrenamtlich arbeitenden Feuerwehr, den damit zusammenhängenden Ausstattungsanforderungen und den im Haushalt der Stadt dafür eingepplanten Mittel klafft hier eine gewaltige Lücke!

Voller Stolz wurde uns der Fahrzeugbestand der FFI gezeigt. Stolz deshalb, weil mit sehr hohem Zeitaufwand die Einsatzbereitschaft der teilweise über 30-jährigen Fahrzeuge erhalten wird. In den nächsten Jahren müssen aber die über 25 Jahre alten Fahrzeuge ausgetauscht werden. Mit den eingestellten Haushaltsmitteln ist das aber nicht zu machen.

Fehlende Wertschätzung für die ehrenamtliche Tätigkeit wird besonders deutlich, wenn man die Ersatzbeschaffung für persönliche Ausrüstung betrachtet.

Beispiel 1: Ein Alarmierungsempfänger der neueren Ausführung kostet ca. 300 Euro. Viele Feuerwehrleute kauften sich diese Geräte aus persönlichen Mitteln, bzw. sie wurden aus Vereinsmitteln beschafft.

Beispiel 2: Bei Brandeinsätzen werden auch mal Gegenstände der persönlichen Schutzausrüstung beschädigt. Reparaturen dauern oft bis zu einem halben Jahr (Stiefel). Neue Stiefel werden nur ausgegeben, wenn ein Eigenanteil von 90 Euro geleistet wird.

Weitere Beispiele

Offensichtlich wird die mangelhafte Unterstützung für die wichtige ehrenamtliche Arbeit bei der Betrachtung des baulichen Zustandes bei der FFI.

Als Vermieter ist hier die Bauverein AG Darmstadt arg in Zugzwang! In der Septemberausgabe von „Rauchzeichen“, der Mitgliederzeitung der FFI, ist das Wichtigste dargestellt. Einfach unfassbar, was wir da sehen mussten!

Besonderes Augenmerk kommt der Jugendarbeit zu. So gibt es im Stadtteil Arheilgen sogar eine „Wichtelwehr“ (für Kinder von 6 bis 10 Jahren). Wie für uns, dürfte dies auch für viele Darmstädter neu sein. Mit viel persönlichem Einsatz wird den Kindern und Jugendlichen die Wichtigkeit des vorbeugenden Brandschutzes und der Brandbekämpfung beigebracht. Dafür kann man nur danken!

Für Stadtverordnete und Mitglieder der erweiterten Fraktion der LINKEN war es sehr aufschlussreich, vor Ort von den Problemen und Stärken der FFW in Darmstadt zu hören und sich persönlich ein Bild zu machen. Wir werden das Gehörte und Gesehene zum Anlass nehmen um in zukünftigen Haushaltsplänen eine Aufstockung der bisher eingestellten 500.000 Euro für Ersatzbeschaffung auf mind. 1,5 Mio. Euro zu fordern! Gleichzeitig werden wir den Magistrat der Stadt Darmstadt auffordern, den Bauverein zu Sanierung der Baulichkeiten der FFI zu bewegen. Noch wichtiger erscheint uns aber, dass die Verantwortlichen der Stadt der weiteren Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr eine längerfristige Perspektive geben.



Darmstadt: Straßenzustände werden immer schlechter



Halbe Wahrheit
Wer blickt durch?

WERNER KRONE / DKP Fraktionsmitarbeiter DIE LINKE Darmstadt

Die Stadtverordneten haben sich mit dem Straßenzustand befasst. Nun sollen die Straßen in der Stadt in den nächsten 2 Jahren jährlich für 4,7 Millionen € erneuert werden. Dies betrifft aber nur die schlimmsten Stellen, den „kurzfristigen Bedarf“.

Die Stadt hat nach Angaben des Magistrats ein jährliches Erhaltungs-Soll für Straßen in Höhe von 2 Mio €, wendet in den letzten Jahren aber nur zwischen 0,5 bis 1,2 Mio € auf. Der Beitrag von Bund und Land Hessen für Bundes- und Landesstraßen beträgt lächerliche 65.000 €, weit unter den tatsächlichen Kosten. Nicht einmal die Stadtverordneten scheinen durchzublicken. Sie sehen nur, dass die Straßen immer schlechter

werden und beschäftigen sich auch lieber mit neuen Projekten wie der Nordost-„Umgehung“. Die würde jedoch das Erhaltungs-Soll kräftig in die Höhe treiben. Was aber ist das Erhaltungs-Soll?

Zahlenspiele

Wie jedes von Menschen gefertigtes Bauwerk haben auch Straßen eine gewisse „Standzeit“. Danach ist das Bauwerk zu erneuern. Dies auf die Lebensdauer, die „Standzeit“ umgelegt, zusätzlich Unterhaltung wie Fräsen, mal eine neue Deckschicht, Fugenverfüllung, Folienauftrag usw. ergibt Jahreskosten. Sie entsprechen der anzusetzenden Abschreibung. Nun hat die Stadt von ihren 122 km² Gesamtfläche etwa 4

Keine strategische Bedeutung



Adieu, Bauverein: Verkauf städtischer Aktien an die bauverein AG

WERNER KRONE / DKP

Fraktionsmitarbeiter **DIE LINKE** Darmstadt

Am 6. Oktober 1894 wurde der Bauverein für Arbeiterwohnungen in Darmstadt gegründet. Der wachsenden Bevölkerung preiswerten Wohnraum zu schaffen war Ziel des Vereins. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde vieles wieder aufgebaut, bis 1958 entstanden 5.000 neue Wohnungen. Möglich war dies durch die Mehrheitsbeteiligung der Stadt Darmstadt. Eigentümer, die nur an Rendite denken, hätten solche Leistungen niemals vollbringen können.

Die Stadt Darmstadt hat sich jetzt mit dem Verkauf städtischer Aktien an der bauverein AG von diesem Grundsatz verabschiedet. Mit der Neuordnung der Stadtwirtschaft im Jahre 2005 wurde die bauverein AG in die HEAG-Gruppe integriert. Danach hielt die Stadt noch 10 Prozent der bauverein-Aktien. Im Dezember wurden jetzt weitere 4,99 Prozent der Aktien verkauft. In der entsprechenden Magistratsvorlage heißt es: „Nachdem der bauverein gesellschaftsrechtlich in die HEAG-Gruppe integriert ist, kommt der direkten Beteiligung der Stadt am bauverein keine besondere strategische Bedeutung mehr zu. Andererseits könnte mit dem Erlös aus einem Verkauf zumindest eines Teils dieser Beteiligung ein signifikanter Beitrag zur Finanzierung des Haushalts der Stadt geleistet werden.“

Dass nicht alles komplett verkauft wurde, hat rein grunderwerbssteuerliche Gründe und gilt

nur so lange, wie eine teilweise Personenidentität zwischen den Vorständen von HEAG und HSE besteht.

Keine strategische Bedeutung?

Wenn der Magistrat lapidar feststellt, die Stadt habe an einer Beteiligung an der bauverein AG kein strategisches Interesse mehr, sollte dies einmal hinterfragt werden. Heißt dies, die Stadt sieht im Bau preiswerter Wohnungen, am sozialen Wohnungsbau keine Notwendigkeit mehr?

Gibt es in Darmstadt somit keinen Bedarf mehr an billigen, preiswerten Wohnungen? Oder möchte die Stadt, die ja bekanntlich einwohnermäßig weiter wächst, dass nur noch für Besserverdienende, Führungskräfte und ihre Familien in Darmstadt Wohnraum entsteht?

Die Wartelisten für billigen Wohnraum in Darmstadt sind lang und werden in Zukunft noch länger werden. Und die soziale Schere klafft immer weiter auseinander. Um die Mindest-Wohnungsversorgung für einkommensschwache Haushalte in Darmstadt zu sichern müssten bis 2010 jährlich 90 Wohnungen (durch Neubau oder Erwerb der Belegungsrechte) erworben werden, so das Wohnraumversorgungskonzept der Stadt aus dem Jahre 2004. Hat sich daran plötzlich etwas

geändert? Es ist eher eine Verschärfung dieses Trends zu vermuten - dank Hartz IV und anderer Segnungen.



Verkauf der bauverein-Anteile an bauverein AG

Die Stadt hat sich mit dem Verkauf der bauverein-Anteile einzig eine lediglich kurzfristige Haushaltsentlastung verschafft. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass der Verkauf an eine 100-prozentige Tochter der bauverein AG erfolgte. Der Erlös, rund 15 Millionen Euro, wird alleine für eventuelle Tunnellösungen bei der geplanten Nordostumgehung wieder ausgegeben werden.

Unsere Meinung

Um den Haushalt „signifikant“ oder gar nachhaltig zu entlasten, wird es daher nicht reichen. Schlimmer noch: Die Stadt beraubt sich weiter ihres Einflusses in zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge und vernachlässigt ihre soziale Verantwortung. „Schlaue Stadtväter behalten ihre Wohnungsunternehmen“ schreibt der Vorsitzende des Deutschen Mieterbundes, Franz-Georg Rips, in der jüngsten Ausgabe der „Mieter-Zeitung“. Recht hat er. Worin besteht also das strategische Interesse, sich jedes Einflusses zu berauben?

würdig wäre. Während man Druck auf Erwerbslose und abhängig Beschäftigte ausübt mit der Aufforderung den Gürtel enger zu schnallen und ALG-II-Empfänger mehr fordert als fördert brauchen die „Vertreter der Bürgerschaft“ natürlich angemessene Räumlichkeiten. Wenn schon kein eigenes Schloss, dann immerhin in unmittelbarer Nähe desselben ein vollwertiger Ersatzpalast. Koste es, was es wolle. Zweitens kann man ein Demokratieverständnis beobachten, dass besser zu einer konstitutionellen Monarchie passen würde. Die Bürgerinnen und Bürger dürfen alle fünf Jahre ihre Stimme abgeben, werden über zentrale Vorhaben weder ausreichend informiert noch gefragt und dürfen dann im Darmstadtium ihrer gewählten Vertretung huldigen. Oder wie Büchner schon schrieb: „Geht einmal nach Darmstadt und seht, wie die Herren sich für euer Geld dort lustig machen.“

Bauernopfer Pfister

Nach einer Reihe von Pleiten und Pannen wurde der Geschäftsführer des Darmstadtium, Thomas Pfister, jetzt vom OB persönlich in die Wüste geschickt. „Wir sind aber der Auffassung, dass auch die Menschen aus der Stadt und der Rhein-Main-Region sich in dem Zentrum wiederfinden müssen“, sagte Oberbürgermeister Hoffmann. „Der Karnevalsverein muss dort genauso zu Hause sein wie eine internationale IT-Tagung. Herr Pfister hatte eine andere Auffassung.“

Es ist schon interessant dass diese unterschiedlichen Auffassungen erst jetzt zum Tragen kommen. Wer hat Herrn Pfister eingestellt? Wurde damals nicht über Konzepte und Strategien geredet?

Um Herrn Pfister wird man sich keine Sorgen machen müssen - sein Bauernopfer wird er sich sicherlich fürstlich entlohnen lassen. Sein Nachfolger wird vor dem gleichen Problem stehen. Wie kann es gelingen zwischen Milva und Udo Jürgen dem Anspruch eines „Wissensschaffungs- und Kongresszentrums“ (als ein solches war es ja mal geplant) gerecht zu werden. Und wie ein Defizit überschaubar zu halten. Jedoch gibt es keine vergleichbare Einrichtung bundesweit, die schwarze Zahlen einfährt. Und er wird feststellen dass dies eben mit Karnevalsvereinen auch nicht geht

Unsere Meinung.

Es bleibt dabei: Mit der Entscheidung dieses Monstrum zu bauen haben die „Vertreter der Bürgerschaft“ ihrem „dankbaren Volk“ einen Bärendienst erwiesen. Vielleicht sollte man den Langen Lui drehen. Soblickt der ehemalige Großherzog nicht nach Rheinhessen, sondern übers Schloss auf die „Schupp Schachtel“ seiner Nachfolger. Aber vielleicht geschah dies ja schon und er wandte sich voll Grausen wieder ab von dem, was er da erblicken musste.

DIE LINKE.
DARMSTADT
STADTVERORDNETENFRAKTION

IMPRESSUM

DARMSTADT
Links

Die Darmstadt Links erscheint in vier Ausgaben im Jahr.
Auflage 12000 Exemplare
LAYOUT & GESTALTUNG
Hans Ulrich Vergin

DIE LINKE, DARMSTADT
STADTVERORDNETENFRAKTION

Landgraf-Philipp-Anlage 32
64283 DARMSTADT

BÜROZEITEN

Mo. 15:00 - 20:00 Uhr
Mi. 16:00 - 19:00 Uhr

TEL : 0 61 51 / 66 90 310

FAX : 0 61 51 / 66 90 533

Darmstadtium



Wie zu Großherzogs Zeiten

RAINER KEIL / DKP

Fraktionsvorsitzender **Die Linke** Darmstadt

Ungeachtet der äußerst angespannten Haushaltslage der Stadt Darmstadt leisten sich Ampelkollation und CDU dieses irrationale Prestigeobjekt eines Wissenschafts- und Kongresszentrums, das nicht ohne Grund nach dem in Darmstadt entdeckten äußerst kurzlebigen und prinzipiell instabilen Element Darmstadtium benannt wurde.

Dieser laut Eigenwerbung „elitäre Solitär“ kommt die Darmstädter in vielfacher Hinsicht teuer zu stehen. Nicht nur die exorbitanten Baukosten von über 80 Millionen Euro müssen von ihnen durch den Verkauf städtischen Eigentums und die Aufnahme neuer Schulden aufgebracht werden, sondern auch das bis (soweit bis heute

bekannt) jährliche Defizit von 3,1 Millionen Euro.

Diese Summe soll nun weitgehend von denjenigen bezahlt werden, die wenig bis gar nicht vom Darmstadtium profitieren werden, weil sie sich einen Besuch dieses elitären Bauwerkes nicht werden leisten können. Darüber hinaus erfolgt die Folgefinanzierung dieses Prestigeobjektes auf Kosten der vielen kleinen sozialen und kulturellen Projekte, deren bisherige Zuschüsse als freiwillige Leistungen nun von der Stadt gestrichen wurden.

Repräsentativ?

Für einige Diskussionen haben die zukünftigen Kosten der Sitzungen des Stadtparlamentes im Darmstadtium gesorgt. Runde 10.000 Euro wird eine solche Sitzung im „repräsentativsten Gebäude“ der Stadt (Zitat Hanno Benz, Fraktionsvorsitzender der SPD) zukünftig kosten. Und natürlich kann die gewählte Vertretung der Bürgerschaft auch nur dort angemessen tagen, wie der Sozialdemokrat weiter ausführt.

Hier offenbart sich zweierlei. Erstens ein Hang zum Größenwahn der eines Großherzogs

ICH INTERESSIERE MICH FÜR DIE LINKE DARMSTADT

Bitte schicken Sie mir

Einladungen zu Treffen

per Post per Mail

Name, Vorname

ggf. Adresszusatz

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

DIE LINKE, DARMSTADT
STADTVERORDNETENFRAKTION
Landgraf-Philipp-Anlage 32
64283 DARMSTADT

DARMSTADT
Links